

An die
Vereinigte Bundesversammlung
Parlamentsgebäude
3003 Bern

1923

16. November 2011 BVE C

Standesinitiative betreffend Endlagerung von radioaktiven Abfällen



Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident

Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Novembersession 2010 hat der Grosse Rat des Kantons Bern mit 138:0 Stimmen bei 1 Enthaltung Punkt 1 einer Motion überwiesen, welche die rasche Lösung der Endlagerungsproblematik von radioaktiven Abfällen verlangt. Die weiteren Punkte der Motion, welche die Bewilligung neuer Atomkraftwerke von der vorgängigen Lösung der Abfalllagerung hatten abhängig machen wollen, wurden nicht überwiesen. Entsprechend dem Auftrag des Grossen Rates reicht Ihnen der Regierungsrat somit die Standesinitiative mit folgendem Wortlaut ein:

Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen muss umgehend gelöst werden.

Der Regierungsrat des Kantons Bern unterstützt die Forderung nach einer Lösung der Endlagerungsproblematik.

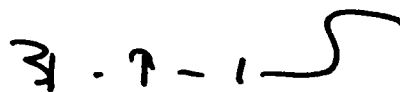
Sie erhalten in der Beilage den entsprechenden Auszug aus dem Tagblatt des Grossen Rates vom 24. November 2010, der nebst dem Protokoll der Geschäftsbehandlung im Parlament auch den Motionstext und die dazugehörige Antwort des Regierungsrates enthält.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

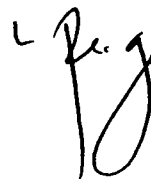
Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'F' followed by a dot, a vertical line, a horizontal line, and a large, sweeping flourish.

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in black ink, starting with a small 'L' followed by a vertical line and a large, sweeping flourish.

Beilage:

Auszug aus dem Protokoll des Grossen Rates vom 24. November 2010

Kopien an:

- den Schweizerischen Bundesrat
- den Grossen Rat des Kantons Bern

Geschäft 2010.9382

Schangnau: Kantonsstrasse Nr. 229.4; Thun–Steffisburg–Oberei–Schangnau–Marbach 24006002 Neue Rābenbrücke. Mehrjāhriger Verpflichtungskredit

Beilage Nr. 27, RRB 1215/2010

Präsident. Auch hier unterstützt die FIKO das Kreditgeschāft. Ist dieser Kredit bestritten? – Nein, dann stimmen wir daruber ab.

Abstimmung Geschäft 2010.9382

Für Genehmigung des Kreditgeschāfts	126 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen
	4 Enthaltungen

Geschäft 2010.9425

Kantonsbeitrag und zinsloses Bundesdarlehen an die Adelheiz AG für die Erstellung des Wärmeverbunds den Adelheiz in der Gemeinde Adelboden, EDV-Nr. 12861; mehrjāhriger Verpflichtungskredit für die Leistungszusicherung und den Haftungsbetrag des Kantons für das Bundesdarlehen

Beilage Nr. 27, RRB 1261/2010

Präsident. Auch hier empfiehlt die FIKO die Zustimmung. Ist dieser Kredit bestritten? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung Geschäft 2010.9425

Für Genehmigung des Kreditgeschāfts	128 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
	6 Enthaltungen

Geschäft 2010.9424

Verwendung von Mitteln des Investitionsspitzenfonds gemäss Artikel 3 Investitionsfondsgesetz

Beilage Nr. 27, RRB 1260/2010

Präsident. Bernhard Antener, gibt es hier auch nichts zu sagen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat? – Nein, dann stimmen wir auch daruber ab.

Abstimmung Geschäft 2010.9424

Für Genehmigung des Kreditgeschāfts	131 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
	5 Enthaltungen

Geschäft 2010.9573

Fristverlängerungen für den Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

Der Grosse Rat stimmt den folgenden Fristverlängerungen stillschweigend zu:

Geschäft 2007.2452

Motion 283/07 Haldimann, Burgdorf (BDP) – Historische Grundfesten des Kantons gemeinsam nutzen statt verkaufen (als Postulat überwiesen)
Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2012

Geschäft 2007.2574

Motion 293/07 Heuberger, Oberhofen (Grüne) – Gegen die Verschleuderung des kulturellen Erbes des Kantons Bern (als Postulat überwiesen)
Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2012

Geschäft 2007.2535

Motion 294/07 Markwalder, Burgdorf (FDP) – Historische Bauten einer würdigen Zukunft zuführen – auch Schloss Burgdorf (als Postulat überwiesen)
Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2012

Geschäft 2008.2467

Postulat 036/08 Moser, Biel (FDP) – Seelandgymnasium Biel (Gesamtsanierung); Schnitzelheizung
Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2011

Geschäft 2010.9010

098/10 Dringliche Motion Grüne (Grimm, Burgdorf) – Endlagerung von radioaktiven Abfällen muss unverzüglich gelöst werden!

Wortlaut der Motion vom 7. Juni 2010

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

1. Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen muss umgehend gelöst werden.
2. Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke dürfen erst dann vergeben werden, wenn die Endlagerung aller in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle definitiv gelöst ist.
3. Die Lagerstandorte (Regionen / Gemeinden) müssen im Zeitpunkt der Erteilung der Rahmenbewilligung bestimmt sein, und die Umsetzung der definitiven Lagerung muss in Gang sein.

Begründung:

In der Schweiz sind seit einiger Zeit grosse Bestrebungen zum Bau von drei neuen Kernkraftwerken im Gang. Sowohl Befürworter als auch Gegner bereiten sich zum politischen Kampf vor. Ob und wann die Schweiz wirklich neue Kernkraftwerke benötigt, wird letztlich das Stimmvolk in einer Volksabstimmung entscheiden.

In den 1970er-Jahren wurden die heutigen, bestehenden Kernkraftwerke mit einer Bedingung verknüpft: Die Endlagerung muss sofort gelöst werden. Dies geschah bis heute nicht. Ein Endlager scheint in der Schweiz unmöglich zu sein. Am Beispiel der Deutschen Endlagerprojekte Gorleben, Asse, Morsleben und Konrad ist klar erkennbar, dass die Endlagerung mit sehr vielen Risiken, Ungewissheiten und immensem finanziellem Aufwand verbunden ist. Deutschland hat für die vier erwähnten Standorte in den vergangenen Jahren mehrere Milliarden Euro investiert. Mit einem Gerichtsentscheid in den USA wurde der Standort Yucca Mountain mangels eines zu kurzen Betrachtungszeitraums des Langzeitsicherheitsnachweises bemängelt.

Die meisten Länder verfolgen die Absicht, hochradioaktive Abfälle in tiefen geologischen Schichten einzulagern. Gemäss dem Deutschen Bundesamt für Strahlenschutz gibt es – trotz dieses Konsenses – weltweit noch kein einsprechendes Endlager.

Der Kanton Bern – als Mehrheitsaktionär der BKW Energie AG und als Standortkanton eines Kernkraftwerks – muss ein grosses Eigeninteresse haben, dass die Endlagerproblematik

vor der Erteilung neuer Rahmenbewilligungen gelöst ist. Aus diesem Grund soll er sich an vorderster Front dafür einsetzen, dass die Nachwelt nicht vor unvorstellbare und technisch nicht lösbare Probleme gestellt wird.

(Weitere Unterschriften: 24)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 27. Oktober 2010

Das eidgenössische Kernenergiegesetz schreibt vor, dass radioaktive Abfälle grundsätzlich im Inland und in einem geologischen Tiefenlager zu entsorgen sind. Die Entsorgung für alle in der Schweiz entstehenden radioaktiven Abfälle gilt gemäss Entsorgungsnachweis der Nagra seit 2002 als technisch sichergestellt. Allerdings ist die praktische Umsetzung noch ungelöst und stösst auf einen breiten Widerstand der betroffenen Bevölkerung.

Die schwierige Standortsuche für geologische Tiefenlager ist im Gange. Am 2. April 2008 hat der Bundesrat den Konzeptteil des Sachplans geologische Tiefenlager verabschiedet, der das Vorgehen bei der Standortsuche festschreibt. Ein Lager für die schwach- und mittelaktiven Abfälle wird frühestens im Jahre 2030 zur Verfügung stehen, für die hochaktiven Abfälle dauert es mindestens bis zum Jahre 2040. Dies bedeutet, dass neue Kernkraftwerke in Betrieb gehen würden, bevor deren hochaktive Abfälle in der Schweiz endgelagert werden könnten.

Der Regierungsrat geht mit den Motionären einig, dass für die Entsorgung radioaktiver Abfällen konkrete Lösungen bestehen müssen, bevor über die Bewilligung neuer Kernkraftwerke entschieden werden kann. Eine Standesinitiative mit der Forderung nach einer umgehenden Lösung der Entsorgung der radioaktiven Abfälle wird allerdings die eingeleitete Standortsuche gemäss Sachplan geologische Tiefenlager kaum beschleunigen können. De facto bleibt demnach als einzige Möglichkeit, die laufenden Rahmenbewilligungsverfahren einstweilen zu sistieren.

Der Regierungsrat befürwortet die Motion. Auch mit einem Sachplan geologische Tiefenlager besteht zum heutigen Zeitpunkt keine Gewähr, dass das Endlagerproblem in der Schweiz überhaupt gelöst werden kann. Ein Ja zu neuen Kernkraftwerken, ohne dass die Endlagerung deren radioaktiven Abfälle gelöst ist, wäre gegenüber den kommenden Generationen verantwortungslos und mit den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Antrag: Annahme der Motion.

Präsident. Der Regierungsrat will die dringliche Motion annehmen. Ist sie bestritten? – Das ist der Fall. Dann gebe ich Herrn Grimm das Wort.

Christoph Grimm, Burgdorf (Grüne). Herr Grossratspräsident, werte – wie soll ich jetzt sagen? Frau «Atomdirektorin»? – werte Kolleginnen und Kollegen. Die Fakten sind auf dem Tisch, wir haben es heute gehört. Die Argumente kennen wir. Sie konnten heute im Langenthaler Tagblatt eine ganze Seite über die «Dreck-Ecke» in Russland lesen. Einen Punkt möchte ich gerne aufnehmen. Die SVP sagte nämlich vorhin, sie würde gerne über die Endlagerung diskutieren. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, ich biete Ihnen Hand dazu. Sie haben diese Motion bestritten, das ist schade. Nun könnten Sie Ja dazu sagen, dass die Endlagerung sofort gelöst wird und wir Rahmenbewilligungen nur noch erteilen, wenn die Endlagerung definitiv gelöst und die Umsetzung vor Ort in Gang ist. Jetzt frage ich mich, wo das Problem liegt. Vorhin sagten Sie, über die Endlagerung würden Sie diskutieren. Also sprechen

wir doch einfach darüber. Wir sind voll motiviert, obschon wir genau wissen, dass am fernen Horizont keine Lösung in Sicht ist. Ich frage mich, ob es überhaupt eine gibt.

Ich möchte Ihnen hier über Mayak noch etwas erzählen, einiges haben wir bereits gehört. Die MSZ Elektrostal in Russland bereitet für die Schweizer Werke auch Atommüll auf. Hunderte von Tonnen Abfälle liegen dort zum Teil an der Oberfläche. Die Axpo liess für die AKW Beznau die Lieferkette im Detail belegen, und siehe da – etwas war falsch. Sie musste zugeben, dass die Angaben nicht stimmten. Ursula Brunner erklärte vorhin sehr gut, was in Mayak läuft. Ich habe hier noch andere absolut erschreckende Zahlen für Sie. Im Jahr 1957 wurden dort 300 000 Leute verseucht. 30 Jahre später war Tschernobyl, was nicht so schlimm war wie 1957 in Mayak. Sie sehen, das ist etwa ein Dreissigjahres-Zyklus. Müssen wir jetzt damit rechnen, dass nach dreissig Jahren – etwa im Jahr 2017 – wieder so etwas geschieht? Ich hoffe es nicht.

Wir hörten auch bereits von den Folgekosten. Rund 4200 Mrd. Franken kostet so ein Fall – und wir versichern gerade ein Promille davon. Die AKW Gösgen musste zugeben, zu wissen, dass in Mayak untragbare Zustände herrschen. Wir müssen uns also gut überlegen, wie abhängig wir von solchen Quellen und Ländern in Zukunft sein wollen; Länder, in denen Menschenrechte – nämlich die Rechte auf Unversehrtheit und Gesundheit – aufs Brutalste missachtet werden. In einem teuren Verfahren hatte man die Mine Wismut in der ehemaligen DDR im Jahr 1991 geschlossen. Bis heute steckte man rund 8 Mrd. Franken in die Sanierung, und ein Ende ist nicht abzusehen. Es handelt sich – wohlverstanden – um Steuergelder, das ist nicht im Strompreis inklusive. Die International Atomic Energy Agency (IAEA), die internationale Atomenergieagentur hat Kenntnisse über Mayak. Die Axpo klärt seit neun Monaten ab und schweigt. Wie steht es denn bei der BKW? Das konnten Sie in der letzten Woche in den Zeitungen lesen. Die BKW interessierte sich erstmals dafür, woher ihre atomaren Brennstäbe überhaupt kommen. Nur von einer einzigen Miene kann die BKW mit Sicherheit sagen, dass ihr Uran von dort kommt, beim übrigen Uran ist es nicht so klar, es trägt einfach den Stempel «USA».

Es handelt sich dabei um eine australische Mine welche wohlverstanden, nicht zertifiziert ist. 1988 entwich dort während einem halben Jahr Radioaktivität unkontrolliert in die Gegend, 2004 wurde das Wasser für sehr viele Menschen verseucht. Diese Minen befinden sich in einem Nationalpark und Weltnaturerbe Australiens. Zwischendurch entstehen immer wieder Konflikte mit den Ureinwohnern, da ihr Land enteignet wurde. Übrigens befinden sich auch in Südafrika die Minen in Naturparks. Deshalb soll die Frage der Endlager endgültig gelöst werden, die Lagerstandorte definitiv bestimmt und die Umsetzung in Gang sein.

Wir hörten auch vom Widerstand in Deutschland gegen die Castor-Transporte. Wir hörten es vorhin: Das kostete 40 Millionen – und es benötigte 20 000 Polizisten, bloss um die Sicherheit dieses Transports zu gewährleisten. Wollen wir hier dasselbe? Wo sind wir denn da? Wir haben ein «Problemchen», wenn es an einem Match Schlägereien gibt. Daraus gibt es eine Riesensache. Das finde ich auch schlimm. Aber hier müssen 20 000 Polizisten, den Castor-Transport begleiten damit nichts passiert. Ein grosser Unterschied existiert zwischen der Schweiz und Deutschland. Im Gegensatz zur Schweiz stellt sich in Deutschland nicht mehr die Frage, ob, sondern höchstens noch die Frage, wann man aussteigt. Und vor allem, wann kommt endlich die letzte Tonne Abfall irgendwo in ein Zwischenlager? Wir haben es nun in der Hand, diesen Schritt gemeinsam zu tun und dem Bund zu sagen, es werde nun sofort und endgültig gehandelt und die Orte seien bestimmt. Und danach wird weitergeschaut. Mein

Fazit: Die Endlagerungsproblematik ist nicht gelöst. Es existieren zwar Expertenmeinungen, wonach Gebiete mit Opalinuston-Formationen geeignet sein könnten. Aber wir wissen seit zwei oder drei Tagen, dass Deutschland und die Schweiz völlig andere Standards haben, es ist also nicht mehr so klar. Ausser zu Wellenberg konnte sich das Volk dazu noch nicht äussern. Warum? Wer will denn schon ein atomares Lager unter dem Haus? Ich hörte zwar von einzelnen Stimmen auf bürgerlicher Seite, man hätte ein Endlager. Ja, dann bitte – wollen wir denn eine neue Party beginnen, wenn wir die Knochen der vorherigen noch gar nicht versorgt haben? Das ist eine ganz zentrale Frage. Atomstrom ist zu billig, er wird mit Steuergeldern quersubventioniert. Wenige Leute leben sehr gut davon, aber viele Leute bezahlen dafür einen sehr hohen Preis. Überlegen Sie sich das bitte. Ich möchte die Motion mit allen drei Punkten in einem Paken überweisen und nicht, dass punktweise abgestimmt wird.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Der Motionär verlangt, die Endlagerung von radioaktivem Abfall müsse unverzüglich gelöst werden. Ich gehe davon aus, dass er damit alle Abfälle aus Kernkraftwerken, Medizin, Industrie und Forschung meint. Die BDP-Fraktion ist in diesem Punkt absolut gleicher Meinung und befürwortet deshalb eine Standesinitiative, wie sie in Punkt 1 der Motion beschrieben ist. Wir glauben aber nicht, dass eine solche Forderung beim Bund viel beschleunigen wird. Der Motionär rennt offene Türen ein. Deshalb verlangen wir eine punktweise Abstimmung. Erstens kam die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) nach jahrelanger Forschung zum Schluss, dass sich in der Schweiz ein Tiefenlager bauen lasse. Dies hielt der Bundesrat fest. Zweitens wurde der Sachplan Geologische Tiefenlager unter Bundesrat Leuenberger 2008 in Kraft gesetzt. Das Verfahren über das weitere Vorgehen ist also klar definiert und die möglichen Standorte sind bekannt. Drittens ist die Finanzierung der Endlagerung gesichert. In zwei Fonds stehen bereits heute 1,5 Mrd. Franken bereit. Die BDP-Fraktion ist bereit, dem ersten Punkt zuzustimmen und so den Willen zu dokumentieren, die Nagra und das Vorgehen des Bundesrats vorbehaltlos zu unterstützen. Allerdings versprechen wir uns nicht allzu viel davon.

Die Punkte 2 und 3 der Motion lehnen wir hingegen entschieden ab. Das Verfahren für die Standortwahl läuft und ist auf Kurs. Es blockiert auch niemand die Installation von Medizintechnik und Forschungseinrichtungen, weil deren radioaktiver Abfall noch nicht endgelagert werden kann. Seit 50 Jahren werden die Abfälle in Würenlingen zwischengelagert. In diesem Lager ist noch für Jahrzehnte Platz vorhanden. Die meisten Abfälle, die heute bestehen, können noch nicht endgelagert werden. Ich fordere alle ernsthaft Interessierten auf, das Lager und die Anlagen in Würenlingen zu besichtigen.

Eine ultimative Verknüpfung mit der Erteilung einer neuen Rahmenbewilligung für Mühleberg zu konstruieren ist für uns fachlich falsch und als versuchtes Verzögerungsmanöver des Motionärs zu verstehen. Gemäss der Antwort scheint es auch seitens der Regierungsmehrheit so zu sein. Im Hinblick auf die elektrische Versorgungssicherheit ist es nicht nachvollziehbar, dass die Regierungsmehrheit mit dieser Antwort solche Störmanöver unterstützt. Auch diese Motion gehört zu denjenigen Motionen, welche letztlich versuchen, mit Angst zu manipulieren und eine technikfeindliche Stimmung zu erzeugen. Für uns ist das eine manipulative und einseitige Vorgehensweise, besonders wenn systematisch ausgeblendet wird, dass jede Methode der Energieerzeugung ihre Nachteile hat. Es benötigte eigentlich den vollen Einsatz aller Beteiligten, die in der Vergangenheit bewährten Methoden der Energieerzeugung und alle Formen von erneuerbaren Energien weiterzuentwickeln und dazu sparsam zu haushal-

ten. Von der Regierung erwarte ich, dass sie konstruktiver, objektiver und ohne Scheuklappen an der Energieversorgung unseres Landes arbeitet. Ich fasse zusammen: Wir verlangen eine punktweise Abstimmung. Die BDP unterstützt Punkt 1 und lehnt die Punkte 2 und 3 ab.

Carlo Kilchherr, Thun (SVP). Hier im Saal und im ganzen Kanton Bern zweifelt wahrscheinlich niemand daran, dass es das oberste Ziel der ganzen Geschichte sein muss, die Entsorgung von radioaktiven Abfällen möglichst schnell zu lösen. In der Antwort des Regierungsrats steht, er empfehle die Motion von Grossrat Grimm zur Annahme. Dies enttäuscht nicht nur mich, sondern die ganze SVP-Fraktion. Wir alle wissen, dass die Nagra und alle Verantwortlichen ein grösstes Interesse daran haben, die Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu lösen. Das ist nämlich auch im eidgenössischen Kernenergiegesetz festgeschrieben. Gemäss Antwort des Regierungsrats wird trotz intensiver Forschung auch wegen der schwierigen Standortsuche für geologische Tiefenlager ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle frühestens im Jahr 2030, und für hochaktive Abfälle frühestens im Jahr 2040 bereitstehen. Es steht auch in der Antwort des Regierungsrats: «Eine Standesinitiative mit der Forderung nach einer umgehenden Lösung der Entsorgung der radioaktiven Abfälle wird allerdings die eingeleitete Standortsuche gemäss Sachplan Geologische Tiefenlager kaum beschleunigen können». Was soll denn das? Das ist so nicht verständlich und hat nur ein Ziel; nämlich einmal mehr in die bevorstehende Abstimmung über Mühleberg einzugreifen. Diesen Eindruck macht es auf uns jedenfalls. So geht das nicht.

Es steht auch darin, dass keine neue Rahmenbewilligung für neue Kernkraftwerke erteilt werden solle, bevor die Endlagerung aller in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle nicht definitiv gelöst sei. Das bedeutet also, keine neuen AKW bis im Jahr 2040. Der dritte Punkt verlangt, es sollen keine Rahmenbewilligungen erteilt werden, bevor die Umsetzung der definitiven Lagerung im Gang ist. Wir wissen nicht, was das heissen soll, aber gemeint ist wohl: keine AKW mehr. Wie will denn der Regierungsrat die Versorgungssicherheit für Wirtschaft, Gewerbe, Industrie und Familien bis im Jahr 2040 sicherstellen? Beim Bau von neuen AKW werden doch die nötigen technischen Sicherheitsstandards eingebaut. Die heute bestehenden AKW wurden in den 70er-Jahren gebaut, daher sind sie heute alt. Ein modernes Auto fährt doch auch anders als ein Auto, welches im Jahr 1970 gebaut wurde, und es ist bezüglich Sicherheit meilenweit entfernt von einem Auto aus den 70er-Jahren. Ich bin überzeugt, dies sei bei den Atomkraftwerken ebenso.

Für uns unverständlich, will der Regierungsrat diese Motion annehmen. Dabei ist sie nicht umsetzbar, weil die Versorgung doch sichergestellt werden muss; schlussendlich mit alten AKW. Wer sich wegen der Gefährdung der Bevölkerung durch radioaktive Abfälle Gedanken und Sorgen macht, was für uns verständlich ist, sollte gesamtheitlicher denken. Radioaktive Abfälle entstehen nicht nur durch die Kernkraft sondern auch in Medizin, Forschung und Industrie. Die hochaktiven Abfälle aus KKW machen weniger als zehn Prozent des gesamten radioaktiven Abfalls aus. Die SVP-Fraktion teilt die Meinung des Motionärs, dass die Entsorgung gelöst werden muss, vertraut aber auf die Nagra, die gemäss Auftrag des eidgenössischen Kernenergiegesetzes mit Vollgas daran ist, möglichst schnell eine Lösung zu finden. Auch wir verlangen punktweise Abstimmung, weil wir dem ersten Punkt zustimmen können. Die Punkte 2 und 3 lehnen wir ab.

Nadine Masshardt, Langenthal (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion teilt die Haltung der Regierung und unterstützt den vorliegenden Vorstoss in allen Punkten. Auch wir sind der

Ansicht, bevor man überhaupt ernsthaft über den Bau eines neuen AKW diskutiert, müsse das Abfallproblem dringend gelöst werden – und zwar nicht nur im Kopf, sondern wirklich. Wir verfügen auch heute, viele Jahrzehnte nach dem Bau des ersten AKW, noch über keine definitiven Standorte. Wir wissen immer noch nicht, wo der Abfall gelagert werden soll. Bis heute will keine Gemeinde den Atomabfall bei sich lagern. Der regionale Widerstand war in der Vergangenheit riesig. Genau die in der Motion erwähnten Punkte müssen geklärt sein, bevor man über den Neubau von AKW diskutieren darf. Wo wird der Abfall gelagert und wie? Diese Fragen müssen insbesondere auch geklärt sein, weil ein neues AKW Mühleberg voraussichtlich mehr als die vierfache Leistung des bestehenden erbringen wird. Daraus resultiert auch massiv mehr Abfall. Es ist unverantwortlich über den Bau eines neuen AKW zu entscheiden, ohne heute zu wissen, was mit dem Abfall passiert. Wir wissen, wie gefährlich der radioaktive Abfall ist. Er gefährdet Mensch und Umwelt. Weil die radioaktive Strahlung viele Tausende von Jahren strahlt, ist die hermetisch abgeschlossene Lagerung zwingend. Lösungen, die wir heute festlegen, betreffen auch die zukünftigen Generationen. Zudem sind auch die finanziellen Kosten zu berücksichtigen. Sie müssen in die Finanzierung von neuen AKW einbezogen werden.

Geeignete Atommüll-Lagerstätten müssen nicht nur strahlungssicher sein, sondern auch dem Umstand Rechnung tragen, dass sich politische Verhältnisse ändern können. Niemand weiss, wie unser Gesellschaftssystem in Tausenden von Jahren aussieht und welche Folgen das für den Zugang zu den hochgefährlichen Substanzen hat. Zwischen 1969 und 1982 wusste die Schweiz nichts Besseres, als den radioaktiven Müll im Meer versenken zu lassen. Von dort landet die Strahlung möglicherweise via Nahrungskette irgendwann einmal auch auf unserem Teller. Seit dem Verbot der Versenkung im Meer wartet der Atommüll in einem oberirdischen Zwischenlager in Würenlingen im Kanton Aargau und in Lagern direkt bei den AKW-Standorten. Aus all diesen Gründen ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion der Meinung, zuerst müssten genau diese Fragen gelöst und geklärt und die Standorte definiert und umgesetzt werden. Sie unterstützen deshalb die Motion in allen Punkten.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Das Endlager ist genau die eine Schwachstelle der Atomfrage, und es erstaunt deshalb nicht, dass die allerwenigsten in diesem Land ein Endlager unter ihrer Heimat haben wollen. Wenn das hier (*Die Rednerin zeigt dem Rat ein mit Spaghetti gefülltes Vorratsglas*) symbolisch die Kasette ist – es handelt sich um viel grössere Dimensionen –, in der die Überreste der Brennstäbe vergraben werden, dann sollen sich alle Anwesenden überlegen, ob sie möchten, dass es unter ihrem «Heimetli» in Interlaken, in Mühleberg oder unter ihrem Haus vergraben werde. Wir als Standortkanton eines AKW haben in dieser Frage eine besondere Verantwortung. Deshalb ist es wichtig, dass sich der Kanton Bern zur Endlagerung äussert. Denn – und Sie wissen das genau – wenn die Endlagerung geregelt wird, wird das Endlager nicht im Kanton Bern sein. Deshalb ist es ja für all diejenigen, die für die Atomenergie sind, so einfach, sich aus der Affäre zu ziehen.

Im Moment wird über die Endlagerung in Zürich, im Aargau oder in Schaffhausen diskutiert, weil es da anscheinend technisch am sinnvollsten sei. Es erstaunt mich dann doch, wenn im Kanton Schaffhausen, der nicht als rot-grüner Kanton bekannt ist, am letzten Montag mit 46 zu 6 Stimmen verabschiedet wurde, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen ein Endlager zu wehren. Man sieht, wenn es konkret um die Standorte der Endlager geht, gibt es plötzlich keine Grenzen mehr zwischen rot-grün und nicht rot-grün,

sondern es geht darum, ob das Endlager unter den eigenen Füßen entsteht oder irgendwo im Weinland oder in den Zürcher Gebieten. Für die Grünen ist klar, dass diese zentrale Frage gelöst werden muss, bevor ein neues AKW gebaut wird. Es zeigt sich auch sehr klar, dass die von einem solchen Endlager direkt betroffene Bevölkerung sehr alarmiert reagiert. In den letzten Monaten wurden Diskussion in der ganzen Schweiz geführt: Es hiess, die Nagra lasse zu viele Fragen offen, statt Lösungen würden Standorte gesucht, die Entsorgung dauere eine Million Jahre. Die Bevölkerung ist sensibilisiert in dieser Frage. Wir von der grünen Fraktion appellieren, den Vorstoss zu unterstützen – gerade weil wir ein Standortkanton sind und uns nicht aus der Verantwortung schleichen können. Wir hoffen, mit einer Standesinitiative einen Beitrag leisten zu können, um gegenüber dem Bund klar zu zeigen, dass wir Verantwortung übernehmen und auch solidarisch mit denen sind, die leider irgendwann einmal die Überreste der letzten Generation lösen müssen. Überlegen Sie sich nochmals, ob sie das Endlager bei sich haben möchten oder ob es nicht klüger ist, jetzt Ja zu stimmen.

Tanja Sollberger, Bern (glp). Wir von der glp-CVP-Fraktion sind ganz klar derselben Meinung wie der Motionär, Grossrat Grimm. Bisher gibt es mögliche Lösungen für ein Endlager, aber keine konkreten spruchreifen Lösungen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Solange nicht eindeutig klar ist, wo sich ein solches Endlager befinden soll und solange nicht der erste Spatenstich für ein solches erfolgt ist, sollte man keine Rahmenbewilligung für neue Kraftwerke sprechen. Wir haben dies leider heute Nachmittag getan. Für uns ist das keine konsequente und den kommenden Generationen gegenüber auch keine verantwortungsvolle Politik. Wir von der glp-CVP-Fraktion möchten aber für eine konsequente und verantwortungsvolle Politik einstehen und unterstützen diese Motion in allen Punkten.

Erwin Burn, Adelboden (EDU). Der Motionär erläuterte uns, was in Mayak geschieht, und er orientierte auch über die Castor-Transporte. Ich möchte dem noch Einiges anfügen. In Deutschland muss dem Diesel Biotreibstoff beigemischt werden. In Neuguinea werden Wälder abgeholzt, um Palmöl zu produzieren, welches in Deutschland dem Biotreibstoff beigemischt wird. Das geschieht indirekt im Auftrag der damals rot-grünen Regierung Deutschlands. In der Schweiz existiert eine Verordnung, nach welcher wir Sparlampen verwenden müssen und keine gewöhnlichen Glühbirnen mehr verwenden dürfen. Diese werden in China produziert, und fast ausnahmslos wird Quecksilber beigefügt. Die Menschen, die dort arbeiten und auch die Leute, die diese Sparlampen dann bei uns entsorgen müssen, kommen damit in Berührung. Ich könnte noch mehr solcher Beispiele aufzählen, aber das ist nicht das Ziel. Wir von der EDU können Punkt 1 der Motion zustimmen, den anderen Punkten nicht. Dies aus folgender Überlegung: In der Zeit, seit die Fässer in Würenlingen gelagert werden, hat sich die Technik verändert. Heute könnten wahrscheinlich Abfallprodukte von damals zum Teil wiederverwertet und mit modernen Reaktoren sogar noch eine Stufe weiter heruntergebrannt und genutzt werden, sodass sich der Abfall nochmals verringern würde. Aus dieser Perspektive fragt sich, ob ein definitives Endlager zurzeit sinnvoll ist. Müssten wir nicht eher schauen, wie sich die Technik entwickelt hat und die Abfälle allenfalls weiter nutzen? Deshalb können wir den Punkten 2 und 3 nicht zustimmen.

Peter Flück, Brienz (FDP). Für uns ist auch klar, dass die Entsorgung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle möglichst schnell gelöst werden muss. Es ist auch richtig, dass ganz grundsätzlich die Lagerung von radioaktiven Abfällen

möglich ist und möglichst schnell geschehen muss. Es kann aber nicht sein, dass dies einseitig nur für die hoch radioaktiven Abfälle gilt. Das Volumen dieser Abfälle beträgt nämlich 7,3 Prozent des gesamten radioaktiven Abfallvolumens. Für die Entsorgung der schwach- und mittelaktiven Abfälle aus Medizin, Industrie, Forschung und Kernkraftwerken ist die Entsorgung nämlich auch nicht gelöst. Der Anteil dieses Volumens am Gesamtvolumen beträgt rund 90 Prozent. Der Bund geht davon aus, dass die Endlagerung der schwach radioaktiven Abfälle bis 2030 und der stark radioaktiven Abfälle bis 2040 gelöst sein wird. Dies bestätigt die Regierung in ihrer Antwort auf die Motion auch. Nach dem eidgenössischen Kernenergiegesetz genügt für die Erteilung einer Rahmenbewilligung der Entsorgungsnachweis. Diesen Entsorgungsnachweis hat die Nagra im Auftrag des Bundes auch erbracht. Vor diesem Hintergrund und weil wir der festen Überzeugung sind, eine Lösung finden zu müssen, nehmen wir Punkt 1 der Motion an. Die Punkte 2 und 3 lehnen wir ab. Die Verfahren sind auf Kurs. Den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg lassen wir uns nicht auf diesem Weg verzögern. Wir verlangen ebenfalls eine punktweise Abstimmung.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ich denke, ich muss nicht mehr alle Argumente aufzuzählen, da ich sie bereits vorhin in meinem Votum dargelegt habe. Das Anliegen der Motion ist klar. Sie verlangt, dass bevor über eine Bewilligung von neuen Atomkraftwerken entschieden werden kann, das Abfallproblem gelöst werden muss. Der Regierungsrat unterstützt diesen Ansatz, da er dem Vorgehen entspricht, welches bei anderen Projekten immer als selbstverständlich angesehen wird. Zuerst werden die wesentlichen Fragen rund um ein Projekt geklärt und erst danach gilt es als bewilligungsfähig. Ausgerechnet bei einem Atomkraftwerk soll diese Reihenfolge jetzt nicht gelten. Weshalb soll hier zuerst eine Bewilligung erteilt und danach überlegt werden, wie das Abfallproblem gelöst werden kann? Das ist schon ein bisschen eine verkehrte Welt. Es ist umso verständlicher, als es sich bei hochradioaktiven Abfällen um die wahrscheinlich am schwersten entsorgbaren Abfälle handelt, die wir heute überhaupt kennen. Eine wesentliche Frage ist es auch deshalb, weil die geplanten neuen AKW grösser sein sollen und entsprechend auch mehr Abfälle produzieren werden als die bisherigen. Der Regierungsrat erachtet die Einreichung dieser Standesinitiative als sinnvoll. Dies umso mehr, als bei der Bewilligung eines AKW damit gleichermassen vorgegangen würde wie bei anderen grossen Projekten; bei diesen werden selbstverständlich zuerst die Fragen geklärt, und erst danach werden sie bewilligt. Ich bitte Sie deshalb, die Motion anzunehmen.

Christoph Grimm, Burgdorf (Grüne). Ich danke Ihnen allen für die angeregte Diskussion zu später Stunde. Die Frau Energiedirektorin sagte gerade das Wesentliche: Vor dem Erteilen einer Bewilligung soll zuerst die Endlagerung geklärt werden müssen. Ich verfügte über eine leicht falsche Information. Selbstverständlich kann punktweise abgestimmt werden. Die Idee kam nicht von mir. Zwei Punkte möchte ich noch kurz aufnehmen. Erwin Burn sagte, vielleicht gäbe es noch eine bessere Lösung als die Endlagerung. Das könnte sein, aber das könnten wir natürlich bei allen Abfällen überall immer wieder sagen. In tausend Jahren werden die Menschen bestimmt viel klüger sein. Oder sie werden sich über uns beklagen. Peter Flück, ich spreche von allen Abfällen. Es geht nicht nur um sieben Prozent. Aber diese sieben Prozent sind sehr schwierig zu entsorgen. Heute sprechen wir ja nicht

mehr von End- sondern von Tiefenlagern, wo man die Abfälle allenfalls wieder herausholen könnte. Nun lasse ich die Motion so stehen und schaue, was bei der Abstimmung herauskommt.

Präsident. Dann stimmen wir einzeln über alle drei Punkte ab.

Abstimmung Geschäft 2010.9010
Für die Annahme von Punkt 1 der Motion 138 Stimmen
Dagegen 0 Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmung Geschäft 2010.9010
Für die Annahme von Punkt 2 der Motion 54 Stimmen
Dagegen 85 Stimmen
2 Enthaltungen

Abstimmung Geschäft 2010.9010
Für die Annahme von Punkt 3 der Motion 52 Stimmen
Dagegen 84 Stimmen
2 Enthaltungen

Geschäft 2010.9487

139/10 Dringliche Motion SP-JUSO-PSA (Masshardt, Bern) – Transparenz bei AKW-Abstimmungen

Wortlaut der Motion vom 6. September 2010

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die «Grundsätze zur BKW-Information bei Volksabstimmungen» dahingehend angepasst werden, dass finanzielle Beteiligungen der BKW in Abstimmungskampagnen und in Abstimmungskomitees

- a) unterbunden oder mindestens
- b) offengelegt werden.

Begründung:

Die Aktien der BKW sind mehrheitlich im Besitz des Kantons Bern. Die Bernerinnen und Berner haben somit das Recht zu erfahren, in welchem Rahmen und wohin Einnahmen aus dem Stromverkauf bei Abstimmungskämpfen fliessen. Es kann nicht sein, dass Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten, die allenfalls eine andere Meinung als die BKW haben, beispielsweise ebenfalls AKW-Propaganda mit dem Begleichen ihrer Stromrechnungen unterstützen müssen. Unternehmen wie die BKW, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, sollen bei Volksabstimmungen grundsätzlich keine einseitigen Informations- und Kommunikationsmassnahmen finanzieren. Falls dies nicht zu vermeiden ist, müssen die Geldflüsse zumindest offengelegt werden, damit sich der Bürger bzw. die Bürgerin dessen bewusst ist, sich ein umfassendes Bild machen kann und Stromkundinnen und Stromkunden – falls möglich – gar einen anderen Stromlieferanten wählen können. (Weitere Unterschriften: 24)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 3. November 2010

Die Motion betrifft die Eignerstrategie der BKW FMB Energie AG (BKW), wofür der Regierungsrat abschliessend zuständig ist. Somit handelt es sich bei diesem Vorstoss um eine Richtlinienmotion. Der Regierungsrat hat bei einer Richtlinienmotion einen relativ grossen Handlungsspielraum und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat. Wie bereits in der Antwort zur Interpellation I 361/09 Näf «Zahlen Berner Stromkonsumenten/Innen neben Polit-